Saarlouis, Donnerstag, den 16. November 1922.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues.

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 300,— Mk. Mit der Post bezogen 303,— Mk. Zeilenpreise: Die 8gespaltene m/m Zeile, 41 m/m breit, 5,00 Mk., außerhalb des Saargebietes 5,50 Mk. Die 98 m/m breite Reklamezeile 8,00 Mk.

Nr. 259. 51. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle, Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegrammadresse: Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2, Redaktion Nr. 82. Postfach 30.

Die Entwickelung der Regierungskrise.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages zur parlamentarischen Lage. Neue Ausschreitungen in Köln.

Annahme der Demission des Kabinetts.

ff. Berlin, 16. Nov. Der Reichspräsident hat gestern in später Nachtstunde die Demission des Kabinetts Wirth angenommen und die bisherige Regierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt. Er will im Laufe des heutigen Tages eine Reihe von Persönlichkeiten empfangen, um sich darüber schlüssig zu werden, wen er mit der Bildung des neuen Kabinetts beauftragen will.

Zur Demission des Kabinetts.

wtb. Berlin, 15. Nov. Der Vossischen Zeitung zufolge erklärte in der gestrigen Nachmittagsversammlung der in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Parteien mit den Sozialdemokraten der Reichskanzler nochmals, daß die zur Arbeitsgemeinschaft gehörigen Parteien der Regierungskoalition, Zentrum und Demokraten, sich einmütig für die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung ausgesprochen hätte, daß er selbst sich dieser Forderung anschließe, und daß die gegenwärtige Regierung die Reichspolitik nicht weiter führen könne, wenn die Sozialdemokraten auf ihrer Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei beharrten.

Der Reichskanzler ersuchte schließlich die Sozialdemokratie, mit ja oder nein auf die Frage zu antworten, ob sie der Erweiterung der Regierungskoalition durch die Deutsche Volkspartei zustimmen oder nicht. Die Antwort war, der Beschluß der Sozialdemokratie, der wie die Vossische Zeitung meldet, mit 150 gegen 20 Stimmen gefaßt wurde. In der darauf folgenden Kabinettssitzung wurde dann der Rücktritt der Regierung beschlossen.

In einer Erklärung, die der Reichskanzler abends um 10 Uhr im Vorraum des Reichstages Journalisten gegenüber abgab, sagte er über die Vorgeschichte der Demission, die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft habe ihn darauf hingewiesen, daß besonders die letzte Note eine Stützung durch eine breite Basis der Regierung erfordere. Die Deutsche Volkspartei habe die nach Paris abgegangene Note ausdrücklich gebilligt und die bürgerlichen Parteien hätten darauf die Basis gesehen für ein Zusammenkommen der großen Koalition. Die Note sei tatsächlich ein Ausdruck gewesen des politischen Willens der noch nicht vorhandenen großen Koalition. Besonders das Zentrum sei an ihn herangetreten, diese Zusammenarbeit in einem Kabinett anzuwenden. Dieser Lage habe er entsprochen und das Verlangen nach der großen Koalition geteilt.

Der Lokalanzeiger sieht die Ursache der diesmaligen Regierungskrise in dem Verlangen der Entente, daß endlich etwas in Deutschland geschehen solle. Zum ersten Male in der Deutschen Republik sei eine Regierungskrise ausgebrochen, weil es sich um tatsächliche Reformen handelte, die zum Wiederaufbau Deutschlands nötig seien. Man könne das als Fortschritt buchen.

Sowohl die Vossische Zeitung als auch das Berl. Tageblatt führen die Demission des Kabinetts darauf zurück, daß in der Sozialdemokratie und auch in der Deutschen Volkspartei das Parteiinteresse über dem Interesse des Vaterlandes gestanden hätten. Das Tageblatt sagt, unklug war die Tatsache, daß die Volkspartei dem Reichskanzler von vornherein die Bildung des sogenannten persönlichen Kabinetts unmöglich machte, nicht weniger unverständlich ist die Stellung der Sozialdemokraten; sie wollen mit Rücksicht auf ihre ehemaligen unabhängigen Mitglieder die sogenannte große Koalition nicht.

Der Vorwärts sieht die Ursachen der Krise in einem Versagen der Führung und in der zu stark entwickelten Neigung, die eigentlichen Entscheidungen in Parteiführer-Konferenzen statt im Reichstagsparlament herbeizuführen.

Was nun?

wtb. Berlin, 15. Nov. Auf die Frage „Was nun?" gibt die Vossische Zeitung die Antwort, daß nur die Möglichkeit bleibt, die bisherige Koalition beizubehalten und bei der Neubesetzung des Ministeriums mittelparteiliche Wirtschaftler zu berücksichtigen. An eine Wiederkehr Dr. Wirths als Kanzler glaubt das Blatt nicht. — Das Berliner Tageblatt hält ein Ministerium der Persönlichkeiten für am aussichtsreichsten. — Der Vorwärts erklärt, daß eine Regierung, die aus den Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gebildet ist, nicht auf ein Vertrauensvotum der Sozialdemokraten rechnen kann, und mit dem Hinweise darauf, daß die sozialdemokratische Partei die beiden letzten Noten der Regierung an die Reparationskommission gebilligt habe, und in dem Wunsche, daß die Sozialdemokraten die von ihr ausgegebenen Richtlinien der auswärtigen Politik weiter verfolgen wird, schließt das Blatt: Die Sozialdemokratie denkt nicht daran, sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen, sie ist bereit, an der Führung einer positiven Politik mitzuarbeiten, die den Notwendigkeiten des arbeitenden Volkes gerecht wird.

Die Bemühungen des Reichspräsidenten.

— Berlin, 15. Nov. Der Reichspräsident hat noch gestern abend das Rücktrittsgesuch des Kabinetts Wirth angenommen und hat das Kabinett ersucht, einstweilen die Geschäfte weiterzuführen. Der Reichspräsident wird sich schon heute mit den politischen Führern in Verbindung setzen, um die Lösung der Krise vorzubereiten.

— Berlin, 15. Nov. Wie wir hören, hat der Reichspräsident sich wegen Uebernahme der Kanzlerschaft auch an den deutschen Botschafter Dr. Mayer in Paris gewandt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages zur parlamentarischen Lage.

— Berlin, 15. Nov. Die Zentrumsfraktion des Reichstages läßt erklären:

Die Zentrumsfraktion des Reichstages hat sich am Mittwochmorgen mit der durch die Demission des Kabinetts Wirth geschaffenen Lage beschäftigt. Die Fraktionen des Zentrums, der Demokraten, der Bayrischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei hatten angesichts der außen- und innerpolitischen Erfordernisse die große Koalition verlangt, für welche der Boden durch vorangegangene und gemeinsame außen- und innerpolitische Arbeit geebnet war. Die vereinte Sozialdemokratie hatte diese politische Notgemeinschaft abgelehnt.

Die einmütige Auffassung der Zentrumsfraktion geht dahin, daß nach dieser innerpolitischen Entwicklung der letzten Tage der Zentrumspartei keinerlei Initiative bei der neuen Bildung des Kabinetts zufällt. Dem bisherigen Reichskanzler Dr. Wirth haben die Zentrumsfraktion des Reichstages und die übrigen Parteiinstanzen noch kürzlich ihr volles Vertrauen ausgesprochen. Daran hat sich nichts geändert; vielmehr hat die letzte außenpolitische Tat der Regierung Wirth, namentlich die letzte Note an die Reparationskommission vom 13. ds. Mts. wieder die ungeteilte Zustimmung der ganzen Zentrumsfraktion wie überhaupt die Billigung der Fraktionen von der Deutschen Volkspartei bis einschließlich der vereinigten Sozialdemokratie gefunden.

Das einzig erfreuliche an der gegenwärtigen verworrenen politischen Lage ist die außenpolitische Klarheit. Allerdings besteht leider die Gefahr, daß die außenpolitischen Erfolge durch die innerpolitischen Schwierigkeiten, für welche die Zentrumsfraktion keinerlei Verantwortung trifft, stark beeinträchtigt werden könnten.

Der Abgeordnete Marx war heute morgen beim Reichspräsidenten und machte ihm im Sinne dieser Erklärung Mitteilung davon, daß für das Zentrum keine Initiative bei der Neubildung des Kabinetts in Frage komme, soweit nicht Dr. Wirth die Führung hätte.

Auch die Führer der übrigen Parteien wurden heute vom Reichspräsidenten empfangen.

Reichskanzler Dr. Wirth hat für heute mittag die Parteiführer zu einer Besprechung zu sich geladen. Selbstverständlich wurde auch unter den Parteien die Lage eifrig erörtert, insbesondere zwischen den Parteien der Arbeitsgemeinschaft.

Pariser Pressestimmen zur Kabinettskrise.

wtb. Paris, 15. Nov. Zur Kanzlerkrise in Deutschland schreibt die Ere Nouvelle: Dr. Wirth war ein episodischer Kanzler. In dem Augenblick, wo das Reich endlich das Bedürfnis einer aufbauenden Politik empfiehlt, verschwindet er. Das Einzige, was man zu befürchten hat, ist, daß die, die den Sturz des Kanzlers gewünscht haben, Herren der Lage sind. Man verbündet sich in den demokratisch regierten Ländern leicht zu einer negativen Operation, aber man findet sich selten mit der gleichen Leichtigkeit zusammen, wenn es sich darum handelt, wieder aufzubauen. Deutschland steht heute in der Krise. Während die Rechtsparteien sich verschwören, um die abscheulichste aller Diktaturen wieder zu errichten, brachen in Düsseldorf und Köln Revolten aus; Hungerrevolten, sagt man; aber doch Revolten. In Frankreich wünschen die überhitzten Nationalisten eine „deutsche Katastrophe". Zu Ehren Frankreichs und seines Regimes arbeitet man in Paris glücklicherweise daran, diese Katastrophe zu beschwören. — Der Figaro sagt, man dürfe nicht mißbräuchlich mit Analogien umgehen, besonders wenn es sich um Ereignisse handelt, die in der Entwicklung begriffen sind, indessen scheine die Lage in Deutschland im Lichte so, wie sie sich eben in Italien zugetragen habe, nicht, daß man bereits das Wort Faschismus aussprechen müsse, wenn man von den gesamten Umständen spreche, denen der Kanzler zum Opfer gefallen sei, aber daran sei nicht zu zweifeln, daß man eine neue Gruppierung der Parteien erlebe, fast könnte man sagen, der Parteien der sozialen Erhaltung. Es bleibe die Frage, in welcher Weise die extremen Parteien reagieren werden, denen ihre starke Organisation die Möglichkeit bieten werde, Widerstand der ernstesten Art zu leisten.

wtb. Paris, 15. Nov. Das Echo National schreibt zur Kanzlerkrise: Machen wir uns auf ernste Dinge gefaßt, sie stehen unmittelbar bevor. Die Leute in Deutschland sehen uns im Orient beschäftigt, und vielleicht mehr als es gut ist, deshalb suchen sie die Lage und sprachen in ihrer letzten Note sich für die gleiche Beseitigung des Versailler Vertrages aus. Ihre Tätigkeit besteht zudem darin, uns zu überzeugen, daß wir gut tun, das linke Rheinufer zu räumen, ehe irgend ein Zwang erfolgt. Wird unsere Regierung sich nicht zum Handeln oder vielmehr zum Regieren entschließen?

Neue Ausschreitungen in Köln.

ll. Köln, 15. Nov. Im Stadtviertel an der Hohe Straße zeigten sich gestern wieder Zusammenrottungen, wobei die Polizei von der Waffe Gebrauch machen mußte. Ob erhebliche Verletzungen vorgekommen sind, konnte in den Nachtstunden noch nicht festgestellt werden. Schließlich wurde aber die Masse zerstreut. Auch im nördlichen Teil der Stadt sammelten sich abends große Scharen an. Die Polizei hielt sie in Bewegung und trieb sie schließlich auseinander.

Eine Mahnung an die Bevölkerung Kölns

Verwerfliche Ausschreitungen haben sich in den letzten Tagen in verschiedenen Teilen der Stadt abgespielt. Unverantwortliche, zum großen Teil jugendliche Personen haben sich an dem Eigentum der Bürgerschaft frevelich vergriffen, Schaufenster zerstört und Auslagen geraubt. Derartige Handlungen sind aufs schärfste zu verurteilen; sie belasten die Gesamtheit und den einzelnen Bürger nur noch stärker. Unter der anhaltenden Teuerung leiden alle Schichten der Bevölkerung in empfindlicher Weise. Das darf aber kein Grund zu derartigen Vorkommnissen sein. Dadurch werden die Verhältnisse, die wir alle beklagen, in keiner Weise gebessert, im Gegenteil, das Elend, unter dem das ganze Volk leidet, wird noch schlimmer.

Die anhaltende Steigerung der Preise hat der städtischen Verwaltung schon seit Wochen Anlaß gegeben, Vorkehrungen zu treffen, um den Erwerbslosen, den Sozial- und Kleinrentnern sowie den Kriegsopfern über das bisherige Maß hinaus zu helfen. Die Unternehmerverbände und die Arbeitnehmerverbände werden beraten, wie es möglich ist, den Arbeitnehmern zu Hilfe zu kommen.

Die Bevölkerung wird in ihrem eignen Interesse dringend gebeten, die in der Presse veröffentlichte Mahnung des Herrn Polizeipräsidenten zu beherzigen.

Köln, den 15. November 1922.

Der Oberbürgermeister Dr. Adenauer.

Die Note der Reichsregierung an die Reparationskommission.

K. Berlin, 14. Nov. In der bereits angekündigten Note der Reichsregierung an die Reparationskommission heißt es:

Die deutsche Regierung unterbreitet folgenden, zusammenfassenden Plan für die Hebung und Stabilisierung der Mark:

1. Da angesichts der in der letzten Zeit eingetretenen Zerrüttung der Mark auf eine Regelung durch die Reparationskommission nicht mehr gewartet werden kann, so ist sofort eine vorläufige Aktion zu ihrer Hebung und Stützung notwendig.
2. Eine vorläufige Aktion kann nicht allein mit deutscher Kraft geschehen. Eine ausländische Hilfe ist unbedingt notwendig.
3. Die deutsche Reichsbank hat sich bereit erklärt, einen Betrag von 500 Millionen Goldmark für die Stützungsaktion zur Verfügung zu stellen.
4. Die zur Inangriffnahme der Stützungsaktion erforderlichen Voraussetzungen sind:
   a) Deutschland muß für 4—[illegible] Jahre von allen Barzahlungen und Sachleistungen aus dem Versailler Vertrag befreit werden. Sachlieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gehen weiter, soweit sie ohne Vermehrung der schwebenden Schulden betrieben werden können.
   b) Deutschland erhält für die Stützungsaktion von ausländischen Banken einen gesicherten Kredit von 500 Millionen Goldmark.
5. Die vorstehenden Voraussetzungen sind auch von der Reichsbank für die Bereitstellung von 500 Millionen Goldmark aufgestellt worden. Die für die Kreditgeber erforderlichen Sicherheiten werden unter Genehmigung der Reparationskommission vom Reiche zu stellen sein.
6. Die bereits gestellten Mittel werden von einer Kommission verwandt, die aus Vertretern der ausländischen, kreditgebenden Banken, der Reichsbank und aus der Reichsfinanzverwaltung gebildet werden wird.
7. Diese Kommission hat in erster Linie die Bestände des verfügbaren Materials an Reichsmark aufzunehmen, im übrigen hat sie den Kurs der Mark zu regulieren.
8. Sobald durch die Stützungsaktion das innere Vertrauen zur Mark wiederhergestellt ist, wird die deutsche Regierung eine innere Goldanleihe unter entsprechenden Bedingungen aufnehmen. Die deutsche Regierung ist bereit, auswärtige Anleihen aufzunehmen, die zu annehmbaren Bedingungen erhältlich sind.
9. Sobald der Reichshaushalt wieder im Gleichgewicht ist, werden schwebende Schulden bis zur Aufnahme der betreffenden Anleihe beizulegen sein. Deutschland wird seine Ausgaben einschränken und seine Einnahmen erhöhen. In dieser Richtung ist ins Auge gefaßt: Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten, Vermeidung unproduktiver Abgaben, Beschränkung der gesetzgeberischen Maßnahmen, Maßnahmen auf die dringendsten Erfordernisse, produktive Gestaltung der Betriebe zur Erzielung ihrer Rentabilität.
10. Deutschland wird alle Maßnahmen ergreifen, um eine Steigerung der Produktion zu erlangen. Zu diesem Zweck wird eine Neuregelung des Arbeitszeitrechtes unter Zugrundelegung des Achtstundentages in die Wege geleitet. Die Heranbildung von Qualitätsarbeitern ist aufzunehmen, die Luxusarbeiter sind zu entfernen und die Zwangswirtschaft des Brotgetreides wird abgebaut werden.
11. Bei Festigung des Markkurses werden die ausländischen Staaten diejenigen Beschränkungen der Einfuhr deutscher Waren aufheben müssen, die durch den Niedergang der deutschen Währung veranlaßt worden sind. Im übrigen wird Deutschland die wirtschaftspolitische Gleichberechtigung in allen Beziehungen eingeräumt, da die Unabhängigkeit der deutschen Wirtschaftsverwaltung im besetzten Gebiet hergestellt werden müsse, um den Ausgleich der deutschen Handels- und Zahlungsdifferenzen zu ermöglichen. Um den Plan ausführen zu können, unterbreitet die deutsche Regierung der Reparationskommission nachstehenden Antrag:
    a) eine endgültige Festsetzung der Verpflichtungen sobald als möglich in solcher Höhe herbeizuführen, daß sie einschließlich des Zinses der aufzunehmenden Anleihe aus dem Ueberschuß des Reichshaushalts betrieben werden können.
    b) Für die Dauer von 3—4 Jahren Deutschland von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Friedensvertrag unter dem gemachten Vorbehalt für den Wiederaufbau zu befreien.
    c) Unverzüglich eine Konferenz von internationalen Finanzleuten zum Zwecke der Beratung über einen Deutschland zu gewährenden Bankenkredit einzuberufen.
    b) Die Anträge zu unterstützen, welche die deutsche Regierung bei den beteiligten Regierungen für die Verwirklichung der bezeichneten Notwendigkeiten stellen wird.

Die Orientkrise.

Frankreich verspricht England militärische Hilfe.

— London, 15. Nov. Das endgültige französische Versprechen einer Beteiligung französischer Truppen an der Abwehr, falls die Türken die Westmächte in Konstantinopel angreifen, verminderte die englisch-französische Spannung etwas. London besteht aber darauf, nicht nach Lausanne gehen zu wollen ohne vorherige feste Verständigung über die dort zu befolgende gemeinsame Politik. Die Lage in Konstantinopel bleibt hochkritisch.

Die Gefahr der Lage wächst.

wtb. London, 15. Nov. Aus Konstantinopel wird gemeldet: Die örtlichen Behörden haben die Lage nicht mehr in der Hand. Die Oberkommissare sind sich einig in ihren durch die örtliche Lage gebotenen Ratschlägen an ihre Regierungen. Aber in den Hauptstädten der Westmächte scheint eine solche Einigkeit nicht zu herrschen. Dadurch sind die Oberkommissare zur Untätigkeit gezwungen, und zwar in einem Augenblick, in dem eine entschiedene Tätigkeit notwendig wäre. Infolgedessen braucht sich Refet Pascha nicht um die Kapitulationen zu kümmern. Er wendet sich jetzt auch gegen die Pressezensur der Verbandsmächte. Da er diese nicht aufheben kann, wird geplant, ein amtliches türkisches Blatt herauszugeben.

Italien und die Vorkonferenz.

— Rom, 15. Nov. Mussolinis Forderung, daß in großpolitischen Fragen künftig keine englisch-französischen Zwiegespräche unter Ausschluß Italiens stattfinden dürfen, ist bereits praktisch durchgesetzt. Die Londoner Meldung, Curzon habe Poincare zur orientalischen Vorkonferenz eingeladen, wobei Italien nur durch Beobachter in Spezialfragen vertreten sein sollte, veranlaßte Mussolini, bei den Verbündeten energisch die Gleichstellung Italiens zu verlangen und den neuernannten Botschafter Torretta unverzüglich nach London zu entsenden. Poincares Vorschlag, die Vorkonferenz unter Teilnahme Mussolinis abzuhalten, ist hier günstig aufgenommen worden.

Aus dem Reiche.

Die Nationalhymne im besetzten Gebiet.

wtb. Koblenz, 15. Nov. Vor einiger Zeit haben vier Handwerksmeister aus Trier bei einer Eisenbahnfahrt nach Trarbach an der Mosel im Zuge die deutsche Nationalhymne gesungen. In Trarbach befinden sich keine Besatzungstruppen, lediglich ein auf dem Bahnsteig in Trarbach stehender französischer Gendarm hörte das Lied und stellte die Persönlichkeit der vier Sänger fest. Das französische Polizeigericht in Ems hat alsdann die vier Beschuldigten zu je 30 Tagen Gefängnis wegen Beleidigung der Besatzungstruppen verurteilt. Der Reichskommissar hat die Rheinlandkommission auf diesen Fall aufmerksam gemacht und sie gebeten, die Besatzungsbehörde über den Sinn der deutschen Nationalhymne aufzuklären, da offenbar hierüber immer noch eine irrige Auffassung besteht. Die Rheinlandkommission hat hierauf erwidert, daß es Sache der Militärgerichte sei, im Einzelfalle zu entscheiden, ob das Singen der Nationalhymne in herausfordernder Absicht erfolge und geeignet sei, die öffentliche Ordnung zu stören. Es sei Aufgabe des Reichskommissars, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die Gefahren zu lenken, welche mit dem Singen dieses Liedes in einem militärisch besetzten Gebiet verbunden seien. Es wird daher hiermit nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß das Singen der deutschen Nationalhymne